

Brüssel, 14. Oktober 2009

Wichtigste Erkenntnisse aus den Fortschrittsberichten über die Kandidatenländer: Kroatien, Türkei und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Kroatien

Die Verhandlungen mit Kroatien über den Beitritt zur EU wurden am 3. Oktober 2005 eröffnet und kommen gut voran.

Bisher sind 28 der 35 Verhandlungskapitel geöffnet worden¹. Davon sind bisher 13 vorläufig geschlossen worden².

Der im letztjährigen Strategiepapier enthaltene Zeitplan hat Kroatien zu einer Verstärkung seiner Anstrengungen veranlasst, die Benchmarks für die Öffnung und Schließung von Kapiteln wie vorgesehen zu erreichen. Da Kroatien in zahlreichen Kapiteln insgesamt gute Fortschritte erzielt hat, nähern sich die technischen Vorbereitungen in den Verhandlungen nun der Endphase.

Politische Kriterien

Kroatien erfüllt nach wie vor die politischen Kriterien von Kopenhagen. Im Hinblick auf die Justizreform und die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität wurden neue Rechtsvorschriften erlassen und organisatorische Änderungen vorgenommen. Der Rückstau anhängiger Gerichtsverfahren hat sich verringert. Die Korruptionsbekämpfungsstelle USKOK spielt zunehmend eine aktive Rolle. Der Reform der öffentlichen Verwaltung wird größere Aufmerksamkeit geschenkt. Kroatien hat einige Schritte unternommen, um Probleme der Minderheiten, insbesondere der Roma, anzugehen. Die Bereitstellung von Wohnraum für zurückkehrende Flüchtlinge hat sich sehr verbessert. Kroatien beteiligt sich weiterhin aktiv an der regionalen Zusammenarbeit.

¹ Die 28 geöffneten Kapitel sind Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur, Wirtschafts- und Währungspolitik, Unternehmens- und Industriepolitik, Zollunion, Rechte an geistigem Eigentum, Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr, Gesellschaftsrecht, Statistik, Finanzdienstleistungen, Finanzkontrolle, Informationsgesellschaft und Medien, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Außenbeziehungen, Finanz- und Haushaltsbestimmungen, Transeuropäische Netze, Verkehr, Energie, Freizügigkeit von Arbeitnehmern, Sozialpolitik und Beschäftigung, freier Warenverkehr, Freiheit, Sicherheit und Recht, Steuern, freier Kapitalverkehr, Regionalpolitik, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit sowie Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums.

² Die geöffneten und vorläufig geschlossenen Kapitel sind Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur, Unternehmens- und Industriepolitik, Außenbeziehungen, Wirtschafts- und Währungspolitik, Rechte an geistigem Eigentum, Informationsgesellschaft und Medien, Transeuropäische Netze, Zollunion, Gesellschaftsrecht, Statistik, Freizügigkeit von Arbeitnehmern sowie Verbraucher- und Gesundheitsschutz.

In zentralen Bereichen bestehen jedoch noch erhebliche Herausforderungen, z. B. die Stärkung der Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption, die in vielen Bereichen nach wie vor weit verbreitet ist. Den Minderheitenrechten, einschließlich der Rückkehr von Flüchtlingen, die noch nicht abgeschlossen ist, muss weiter Aufmerksamkeit gewidmet werden. Auch die Verfolgung von Kriegsverbrechen bedarf weiterer Aufmerksamkeit. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien hat nach wie vor Probleme, in Kroatien Zugang zu wichtigen Dokumenten zu erhalten. Die regionale Zusammenarbeit und die Anstrengungen zur Lösung der verbleibenden bilateralen Probleme mit den Nachbarstaaten, insbesondere der Frage des Grenzverlaufs, müssen fortgesetzt werden.

Wirtschaftliche Kriterien

Kroatien ist eine funktionierende Marktwirtschaft. Die kroatische Wirtschaft dürfte in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, sofern die Regierung ihr umfassendes Reformprogramm mit Entschlossenheit weiter umsetzt, um strukturelle Schwächen der Wirtschaft zu verringern.

Obwohl die Wirtschaft Kroatiens die Folgen der weltweiten Krise zunehmend zu spüren bekommt, wurde die gesamtwirtschaftliche Stabilität gewahrt. Kroatien hat seine Finanzpolitik entsprechend angepasst, unter anderem durch mehrere Haushaltsänderungen und Anpassungen auf der Ausgabenseite. Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte nahmen ab, die Wechselkursstabilität wurde gewahrt, und der Inflationsdruck ging zurück. Der Bankensektor hielt der Krise stand.

Allerdings mangelt es der Wirtschaftspolitik der Regierung gelegentlich an einer klaren mittelfristigen Orientierung. Die Strukturreformen kommen nur schleppend voran, und das Unternehmensumfeld wurde nur in begrenztem Maße verbessert. Die Beschäftigungsquote ist niedrig und der Arbeitsmarkt zu starr. Im Hinblick auf eine höhere Effizienz der öffentlichen Ausgaben waren nur begrenzte Fortschritte zu verzeichnen. Das Haushaltsdefizit ist stark gestiegen. Eine hohe Auslandsverschuldung und hohe kurzfristige Rückzahlungsverpflichtungen machen die kroatische Wirtschaft anfällig.

Rechtsordnung der EU

Kroatien hat seine Fähigkeit zur Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen verbessert. Die Vorbereitungen auf die Erfüllung der EU-Anforderungen kamen weiterhin gut voran, und in den meisten Bereichen wurde inzwischen ein gutes Maß an Angleichung an den EU-Rechtsbestand erreicht. Allerdings sind weitere Anstrengungen erforderlich, insbesondere im Hinblick auf die weitere Stärkung der für die vollständige Umsetzung des Besitzstands erforderlichen Verwaltungsstrukturen und -kapazitäten und auf schwierige Kapitel wie Justiz und Grundrechte, Wettbewerbspolitik sowie Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums.

Außerdem ist Wachsamkeit vonnöten, um zu gewährleisten, dass die infolge des wirtschaftlichen Abschwungs notwendigen Haushaltskürzungen sich nicht übermäßig auf die Vorbereitungen auf den EU-Beitritt auswirken.

Türkei

Die Verhandlungen mit der Türkei über den Beitritt zur EU begannen am 3. Oktober 2005 und sind im Berichtszeitraum vorangekommen.

11 der 33 Verhandlungskapitel sind bisher geöffnet worden. Ein Kapitel ist vorläufig geschlossen worden³. Außerdem wurden Benchmarks als Voraussetzung für die Aufnahme der Verhandlungen über 13 Kapitel⁴ festgelegt.

Politische Kriterien

Die Türkei erfüllt die politischen Kriterien nach wie vor in ausreichendem Maße und hat im vergangenen Jahr weitere Fortschritte erzielt, insbesondere in den Bereichen Justizreform, Beziehungen zwischen Militär und Zivilsektor sowie kulturelle Rechte. Hinsichtlich der kulturellen Rechte ist die Eröffnung eines landesweiten öffentlichen Fernsehkanals, der rund um die Uhr auf Kurdisch sendet, ein sehr positiver Schritt nach vorne. Ferner hat die Regierung zur umfassenden Lösung der Kurdenfrage eine breit angelegte Anhörung der politischen Parteien und der Zivilgesellschaft eingeleitet.

Die Ermittlungen gegen das mutmaßlich kriminelle Netzwerk Ergenekon, die zur Erhebung schwerer strafrechtlicher Vorwürfe gegen Militäroffiziere und nationalistische Kreise geführt haben, bieten der Türkei die Chance, die rechtsstaatliche Ordnung zu stärken, vorausgesetzt, die Grundsätze für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren werden eingehalten.

Was die EU-bezogenen Reformen und die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU insgesamt angeht, hat die Regierung den Beitrittsvorbereitungen mit der Ernennung eines Vollzeit-Chefunterhändlers und der Verabschiedung des Nationalen Programms für die Übernahme des Besitzstands höhere Priorität eingeräumt. Der unzureichende Dialog und die mangelnde Kompromissbereitschaft der politischen Parteien wirken sich jedoch negativ auf die Fortsetzung der Reformen und insbesondere der notwendigen Verfassungsreform aus. Im Zusammenhang mit den politischen Kriterien bedarf es in den meisten Bereichen noch erheblicher Anstrengungen, unter anderem bei der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit (in diesem Zusammenhang gibt die unverhältnismäßige Geldbuße gegen den wichtigsten Medienkonzern Anlass zur Besorgnis), der Religionsfreiheit sowie der Bekämpfung von Folter und Misshandlung.

Wirtschaftliche Kriterien

Die Türkei ist eine funktionierende Marktwirtschaft. Die türkische Wirtschaft dürfte in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, sofern die Regierung ihr umfassendes Reformprogramm umsetzt, um strukturelle Schwächen der Wirtschaft zu beseitigen.

Die Wirtschaft, einschließlich des Finanzsektors, hat sich trotz der schwierigen internationalen Rahmenbedingungen als widerstandsfähig erwiesen. Das Leistungsbilanzdefizit gibt inzwischen weniger Anlass zur Besorgnis. Sowohl der öffentliche als auch der Privatsektor haben weiter Zugang zu Fremdkapital. Die Privatisierung ist vorangekommen, wenn auch langsamer als bisher.

³ Unternehmens- und Industriepolitik, Statistik, Finanzkontrolle, Transeuropäische Netze, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Rechte an geistigem Eigentum, Gesellschaftsrecht; vorläufig geschlossen: Wissenschaft und Forschung.

⁴ Freier Kapitalverkehr, öffentliche Beschaffung, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Steuern, Sozialpolitik und Beschäftigung, Zollunion, freier Dienstleistungsverkehr, Lebensmittelsicherheit, freier Warenverkehr, Umwelt, Finanzdienstleistungen.

Die Zunahme der öffentlichen Ausgaben im Hinblick auf die Bewältigung der Wirtschaftskrise könnte sich negativ auf die gesamtwirtschaftliche Stabilität auswirken. Die Wirtschaftsreformen haben sich verlangsamt, und einige Strukturreformen sind noch nicht durchgeführt worden. Die Krisenbewältigungsmaßnahmen könnten mittelfristig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gefährden. Die Arbeitslosenquote ist drastisch angestiegen.

Rechtsordnung der EU

Die Türkei hat ihre Fähigkeit zur Übernahme der aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen weiter verbessert. Sie hat bei der Angleichung der Rechtsvorschriften an die Rechtsordnung der EU in einigen Bereichen – insbesondere transeuropäische Netze, Energie und Wissenschaft und Forschung – Fortschritte erzielt. Insgesamt gut fortgeschritten ist die Angleichung in Bereichen wie freier Warenverkehr, Rechte an geistigem Eigentums, Unternehmens- und Industriepolitik, Kartellpolitik, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Wissenschaft und Forschung sowie Energie. Im Energiebereich unterzeichnete die Türkei die zwischenstaatliche Vereinbarung über den Bau der Nabucco-Pipeline und nahm offizielle Verhandlungen über ihren Beitritt zur Energiegemeinschaft auf. Sie hat sich ferner dazu verpflichtet, die förmlichen Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen EG–Türkei wiederaufzunehmen. In mehreren Bereichen, insbesondere Landwirtschaft, Fischerei, Tier- und Pflanzengesundheit, staatliche Beihilfen, Justiz und Inneres sowie Sozialpolitik, besteht hinsichtlich der Angleichung an den Besitzstand noch erheblicher Handlungsbedarf. Keine Fortschritte waren im Bereich des Gesellschaftsrechts zu verzeichnen. Die Verwaltungskapazitäten der Türkei müssen insgesamt weiter ausgebaut werden.

Da die Türkei ihrer Verpflichtung zur uneingeschränkten Umsetzung des Ankara-Abkommens nicht nachgekommen ist, beschloss die EU im Dezember 2006, dass insgesamt acht Verhandlungskapitel⁵ nicht geöffnet werden können und kein Kapitel vorläufig geschlossen werden kann, bis die Türkei ihre Verpflichtungen erfüllt. Die Fortsetzung der Verhandlungen über die übrigen Kapitel wurde gestattet.

Türkei hat weiterhin zunehmend eine positive Rolle gespielt und zur Stabilisierung von Regionen wie dem Südkaukasus und dem Nahen Osten beigetragen. In diesem Zusammenhang sind die diplomatischen Bemühungen um die Normalisierung der Beziehungen zu Armenien erheblich vorangekommen.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien erhielt im Dezember 2005 den Kandidatenstatus.

Politische Kriterien

Die 2009 abgehaltenen Präsidentschafts- und Kommunalwahlen entsprachen den meisten internationalen Standards. Der politische Dialog verbesserte sich: Die Regierungskoalition ist stabil, das politische Klima von Zusammenarbeit geprägt und das Parlament arbeitet effektiver. Die wichtigsten Prioritäten der Beitrittspartnerschaft – Reform des Polizeidienstes, des Justizsystems, der öffentlichen Verwaltung und Bekämpfung der Korruption – wurden weitgehend umgesetzt.

⁵ Freier Warenverkehr, Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr, Finanzdienstleistungen, Landwirtschaft und Entwicklung im ländlichen Raum, Fischerei, Verkehrspolitik, Zollunion und Außenbeziehungen.

Die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid trägt weiterhin maßgeblich zur Konsolidierung der **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** bei. Fortschritte hat es bei der Umsetzung des Gesetzes über Sprachen, Dezentralisierung und eine ausgewogene Vertretung der ethnischen Gemeinschaften gegeben. Allerdings sind weitere konstruktive Initiativen erforderlich, um die Ziele des Abkommens von Ohrid zu erreichen.

Der gesetzliche und institutionelle Rahmen für den **Schutz der Menschenrechte und Minderheiten** ist weitgehend vorhanden. Es sind jedoch weitere Anstrengungen erforderlich, um die konkrete Umsetzung dieses Rahmens in einer Reihe von Bereichen zu verbessern.

Was die **regionalen und internationalen Verpflichtungen** betrifft, so pflegt die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den Ländern der Region. Die Beziehungen zu Griechenland waren im Berichtszeitraum weiter durch den ungelösten Streit um den Ländernamen beeinträchtigt. Das Land ist jedoch an der Aushandlung einer Lösung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen beteiligt. Die Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen, einschließlich der Aushandlung einer für beide Seiten akzeptablen Lösung im Streit um den Ländernamen bleibt nach wie vor von grundlegender Bedeutung.

Wirtschaftliche Kriterien

Das Land ist auf dem Weg zur Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft weiter vorangekommen. Es dürfte damit mittelfristig in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union standzuhalten, vorausgesetzt, es führt sein Reformprogramm rigoros durch und beseitigt verbleibende signifikante Schwachstellen.

Infolge des verschlechterten internationalen Umfelds verlangsamte sich das Wachstum und ist 2009 sogar leicht rückläufig. Der Finanzsektor ist recht stabil geblieben, während die Inflation deutlich zurückgegangen ist. Bei der Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit und dem Abbau von Beschäftigungshemmnissen wurden Fortschritte erreicht. Allerdings bleibt die weiterhin äußerst hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter jungen Menschen und gering qualifizierten Arbeitskräften, ein ernsthaftes Problem. Das Geschäftsumfeld wurde weiter verbessert. Im Hinblick auf die Verwaltung und die Rechtsstaatlichkeit besteht allerdings damit für ein reibungsloses Funktionieren der Marktwirtschaft weiterer Handlungsbedarf. Die finanzielle Unabhängigkeit der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden wurde gestärkt. Im Kontext der Wahlen und der globalen Wirtschaftskrise war insgesamt eine Verschlechterung des wirtschaftspolitischen Policy-Mix festzustellen. Dies hat zur Ausweitung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und zu einer größeren außenwirtschaftlichen Anfälligkeit geführt.

Rechtsordnung der EU

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat weitere Anstrengungen unternommen, um ihre **Fähigkeit zur Übernahme der aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen** zu verbessern, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Zoll, Steuern sowie Recht, Freiheit und Sicherheit. In bestimmten anderen Bereichen wie Energie, Umwelt, Beschäftigung und Sozialpolitik wurden weniger Fortschritte erzielt. Allerdings sind nachhaltige Anstrengungen erforderlich, um die Verwaltungskapazität für die Um- und Durchsetzung der Rechtsvorschriften zu stärken. Die im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens eingegangenen Verpflichtungen wurden im Einklang mit den relevanten Hauptprioritäten der Beitrittspartnerschaft umgesetzt.

Finanzielle Unterstützung der Kandidatenländer durch die EU im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA)

Finanzrahmen für Heranführungshilfe (in Mio. EUR)	2008	2009	2010	2011	2012	Insgesamt 2008–2012
Kroatien	146,0	151,2	154,2	157,2	160,4	769,0
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	70,2	81,8	92,3	98,7	105,8	448,8
Türkei	538,7	566,4	653,7	781,9	899,5	3440,2
Insgesamt	754,9	799,4	900,2	1037,8	1165,7	4658,0